



Clearview AI<sup>3</sup>. Anfang 2020 demonstrierten verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam mit dem FIF in Bündnis *gesichtserkennung-stoppen.de*<sup>4</sup> erfolgreich gegen die Pläne des Innenministeriums, an 149 Bahnhöfen und Flughäfen Gesichtserkennung einzusetzen. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde vorerst auf Eis gelegt.

Gegen das verschärfte Sächsische Polizeigesetz, das intelligente Videoüberwachung und Gesichtserkennung erlaubt, wurde im Dezember 2020 Verfassungsbeschwerde eingelegt<sup>5</sup>. Schon 2018 kritisierten Grundrechtsorganisationen aus Deutschland, Tschechien und Polen<sup>6</sup> die biometrische Videoüberwachung in Grenzgebieten. Auch das FIF hat sich in die Debatte um den „Überwachungsbahnhof Südkreuz“<sup>7</sup> lautstark eingemischt<sup>8</sup>.

### Was können Bürger:innen tun?

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) muss nun innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften in mindestens sieben EU-Ländern sammeln. Ist die Initiative erfolgreich, landet das Thema auf der politischen Tagesordnung, es gibt eine öffentliche Anhörung im Europäischen Parlament. Außerdem muss die Europäische Kommission ihr weiteres Vorgehen oder ggf. den Verzicht auf Folgemaßnahmen erläutern und einen Zeitrahmen zur Umsetzung der Maßnahmen nennen.

Einzelne Personen können die **Bürgerinitiative online unterzeichnen**<sup>9</sup> und darüber hinaus selbst Informationsfreiheitsanfragen<sup>10</sup> stellen oder Unternehmen nach den bei ihnen gespeicher-

ten personenbezogenen Daten fragen<sup>11</sup>, um zu dokumentieren, wo und wie heute schon biometrisch überwacht wird. Andere Organisationen können die Initiative ebenfalls unterstützen<sup>12</sup>.

Hier können Sie die Petition unterschreiben  
<https://reclaimyourface.eu/>

### Anmerkungen

- 1 <https://reclaimyourface.eu/>
- 2 <https://kamas-stoppen.org/jahrelange-kennzeichenerfassung-und-ueberwachung-von-eingangen-durch-die-polizei-illegal/>
- 3 <https://noyb.eu/de/clearview-ai-der-eu-illegal>
- 4 <https://gesichtserkennung-stoppen.de/>
- 5 <https://freiheitsrechte.org/ausufernde-ueberwachung-gesichtserkennung-und-handgranaten-fur-die-polizei/>
- 6 <https://digitalcourage.de/pressemitteilungen/2018/polizeigesetz-sachsen-tschechische-polnische-und-deutsche-kritik-an-geplanter-gesichtserkennung-im-grenzgebiet>
- 7 <https://netzpolitik.org/2017/suedkreuz-test-zur-intelligenten-videoanalyse-innenministerium-rueckt-akten-raus/>
- 8 <https://www.fiff.de/verfaelschte-studie-zur-tauglichkeit-grundrechtswidriger-techniken>
- 9 <https://reclaimyourface.eu/de/>
- 10 <https://fragdenstaat.de/anfragen/tag/biometrie/>
- 11 <https://noyb.eu/de/clearview-ai-der-eu-illegal>
- 12 [https://reclaimyourface.eu/wp-content/uploads/2021/02/Supporting-and-partnering-with-the-Reclaim-Your-Face-campaign\\_v3.pdf](https://reclaimyourface.eu/wp-content/uploads/2021/02/Supporting-and-partnering-with-the-Reclaim-Your-Face-campaign_v3.pdf)



FIF e. V. – Pressemitteilung

## #UpdateDeutschland schafft keine nachhaltigen Lösungen für die Verwaltung

### Erklärung zu staatlich organisierten Hackathons

21. März 2021 – *In 48 Stunden mit digitalen Tools die Welt retten? Das klingt gut, funktioniert aber nicht, wenn die Strukturen der öffentlichen Verwaltung gar nicht darauf ausgerichtet sind, neue Ideen überhaupt tragen zu können. Für scheinbar schnelle Lösungen eingesetzte Ressourcen wie Geld und Zeit fehlen für den dringend notwendigen, wirklich nachhaltigen Umbau der Verwaltung. Die aktuellen Hackathons unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzleramts suchen nach digitalen Innovationen, um eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme anzugehen. Doch dieser Ansatz kann nicht funktionieren, denn entweder sind die Probleme („Einsamkeit“, „soziale Ungleichheit“) überhaupt nicht sinnvoll mit Software lösbar oder aber die Lösungen können erfahrungsgemäß wegen kaputtgesparter Verwaltungen gar nicht langfristig in staatliche Strukturen eingebunden werden. Hier braucht es politisches Handeln, keine neuen Apps.*

Öffentliche Verwaltungen sind aktuell starr und nur noch beschränkt handlungsfähig, weil seit den 1990er-Jahren kontinuierlich am falschen Ende gespart wurde. So ist etwa auch Fachwissen für IT-Ausschreibungen kaum mehr vorhanden, sondern muss extern eingekauft werden. Dabei sind viele nötige Innovationen bereits vorhanden. Die Civic-Tech-Bewegung legt seit über zehn Jahren konkrete Beispiele vor, wie digitale Lösungen für mehr Transparenz und Beteiligung aussehen können: *kleineanfragen*<sup>1</sup>, *BürgerBautStadt*<sup>2</sup>, *Politik bei Uns*<sup>3</sup> oder *Meine Stadt Transparent*<sup>4</sup> bis hin zum daraus entstandenen Ratsinformationssystem-Datenstandard *OParl*<sup>5</sup>.

### Leuchttürme auf sandigem Grund

Es mangelt also nicht an Ideen oder technischen Prototypen, sondern an der Infrastruktur zur Verstetigung. Dazu müssen öffentliche Stellen befähigt werden, die Impulse der Zivilgesellschaft aufzugreifen – durch die Bereitstellung entsprechender Schnittstellen, den eigenständigen Aufbau und Betrieb digitaler Services oder die aktive Mitarbeit an bestehenden Open-Source-Projekten. Dabei helfen Hackathons, wie sie aktuell auf bundesweiter Ebene stiftungsfinanziert ausgerichtet werden, nicht.

Ganz im Gegenteil: Durch gezielte Förderung von Inselprojekten, die Suche nach immer neuen Startups und Leuchtturmpro-